

Stettiner Zeitung.

Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 2.
Mithelballe: R. Gahn.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Preis in Siedeln vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Postlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Nr. 19.

Morgenblatt. Mittwoch, den 13. Januar

1869.

Die Politik des Herrn v. Beust.

IV.

Ueber die Verhältnisse, welche sich der Reichskanzler v. Beust in der auswärtigen Politik hat zu Schulden kommen lassen, bringt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ einen derben Artikel, der nicht ansteht selbst mit dem Abbruch des diplomatischen Verkehrs zu drohen, wenn sich Herr v. Beust Weisheiten noch weiter erlauben sollte. Wir lassen denselben bei der Wichtigkeit der Sache hier folgen.

Das österreichische „Notbuch“, welches der Herr Reichskanzler der Reichsvertretung vorgelegt und der Öffentlichkeit übergeben hat, ist eine Staatschrift und besitzt in dieser Eigenschaft den höchsten amtlichen Charakter, welcher überhaupt den Erklärungen einer Regierung gegeben werden kann.

Altstücke dieser Gattung, wenn sie für die Öffentlichkeit bestimmt sind, müssen mit ganz besonderer Gewissenhaftigkeit redigiert sein, sobald sie die internationalen Beziehungen zu anderen Staaten betreffen, oder gar, wie es in dem genannten „Notbuch“ der Fall ist, eine Kritik der politischen Stellung eines anderen Kabinetts auszusprechen bestimmt sind.

Neben dieser Gewissenhaftigkeit legt zugleich das Gefühl für Anstand und Ehrlichkeit der Redaktion einer Staatschrift die Pflicht auf, über die auswärtige Politik eines anderen Staates keine Behauptungen auszusprechen, welche nicht bereits zum Gegenstande gegenseitiger Erklärungen gemacht worden sind.

Der Herr Reichskanzler hat sich bei Zusammenstellung des „Notbuches“ diese Pflichten und Aufgaben nicht vergegenwärtigt. Er hat sich nicht klar gemacht, daß in Folge der amtlichen Veröffentlichung der Altstücke einer jeden Depesche dieselbe Bedeutung zukommt, als ob sie allen europäischen Regierungen amtlich unter gleichzeitiger Veröffentlichung in den Zeitungen insinuiert worden sei.

Gleich in den ersten beiden Dokumenten wird gegen Preußen die Anklage erhoben, daß es eine abenteuerliche und kriegerische Politik im Orient verfolge. England wird aufgefordert, sich gegen Preußen zu erklären, welches im Begriffe sei, ein Feld von Konflikten zu betreten, welches „Explosionen“ im Orient als keine zu vermeidende Gefahr betrachte, weil es glaube, daß England ein müßiger Zuschauer der Ereignisse bleiben werde.

Preußen trägt nach diesen Dokumenten die Absichten, ein intimeres Verhältnis zum Wiener Kabinet herzustellen, nur „zur Schau“.

Nachdem in der Circular-Depesche vom 22. Oktober v. J. in indirekter Weise die Verdächtigung ausgesprochen war, daß Preußen den nationalen Parteibewegungen in Oesterreich sichte Nahrung zuführe, wird in der Depesche vom 30. Oktober vorigen Jahres nochmals wiederholt, daß fremde, auf die Befestigung der Monarchie spekulierende Einflüsse die Agitationen gegen die konstitutionellen Einrichtungen Oesterreichs unterhalten. Die offiziellen Organe haben nicht anders gekonnt, als bei der Interpretation dieser Worte auf Preußen zu weisen.

Wir brauchen nicht weitere Äußerungen aus den Depeschen über die rumänische Angelegenheit zu bringen, um die Verdächtigung hervorzuheben, daß Rumänien von Preußen zum Arsenal der Angriffe umgeschaffen worden sei.

Die Depesche Nr. 84 vom 5. Februar v. J., welche vom Grafen Beust an den österreichischen Gesandten in Berlin gerichtet worden ist, behandelt die Angelegenheit in einer Weise, als ob Preußen die eigentliche Regierung in Rumänien sei und dort zum Kriege gegen Oesterreich rüste. Die Gefühle, welche die Pforte bei diesen Anklagen und Verdächtigungen gegen Preußen bewegen, wollen wir nicht weiter schildern.

Daß Depeschen, welche solche verläumderische Insinuationen gegen Preußen enthalten, in Berlin nicht amtlich vorgelegt und veröffentlicht werden könnten, ohne sehr energische Reklamationen hervorzurufen und ohne den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich zu ziehen, wenn nicht sogleich befriedigende Erklärungen über diese Haltung erfolgten, wird der Herr Reichskanzler wohl einräumen. Das Verhalten, Depeschen, welche nicht amtlich mitgeteilt worden sind, der Öffentlichkeit zu übergeben, muß in weiteren Verfolge zum Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit diesem Staate führen, weil seiner Diplomatie derjenige Grad von Erziehung fehlt, der unter den Großstaaten für den Verkehr unentbehrlich ist.

Diese Verhältnisse sind dem Hrn. Reichskanzler bei der Zusammenstellung des „Notbuches“ nicht gegenwärtig gewesen.

Der Herr Reichskanzler konnte als sächsischer Minister sich der Publizität überlassen, ohne daß europäische Verwicklungen zu befürchten waren. Als österreichischer Reichskanzler hat ein solches Verhalten aber seine großen Bedenken. Graf Beust erklärt, daß er durchaus auf den Frieden bedacht sein wolle; dann müssen wir sagen, daß dem Leiter der auswärtigen österreichischen

Politik das Verständnis für die Verhältnisse eines Großstaats fehlt.

Der Herr Reichskanzler macht sich nicht klar, daß es ein anderes Ding ist, einen Galanteriedegen, ein anderes Ding, ein Kesselschwert zu schwingen. Der Galanteriedegen verursacht im gesellschaftlichen Halle persönliche Wunden; die Schwingungen eines Kesselschwertes führen zu Völkerringen. Doch für diesen Unterschied scheint dem Herrn Reichskanzler das Verständnis zu fehlen.

Deutschland.

Berlin, 12. Januar. Die Welfen, wenn wir nach Analogie der Jakobiten so sagen dürfen, erfreuen sich wieder großer Hoffnungen. Der „International“, ein Blatt, das in Welschlagen zu Hause ist, meldet: „König Georg V. von Hannover scheint mehr als je entschlossen, seine Rechte an Preußen nicht abzutreten, sondern ruhig die Gelegenheit abzuwarten, wo er zur Herstellung des Systems des deutschen Bundes und zur Vernichtung der Preußenherrschaft mitwirken kann. Dies sind im Wesentlichen die Nachrichten, die uns vom Hofe zu Hisinger zugehen.“ Dasselbe Blatt meldet: „Wenn der Graf Biemar in Württemberg und Baiern steigt, so würde er in Oesterreich dagegen auf Haupt geschlagen. Unsere Briefe aus Wien betonen die äußerste Spannung in den Beziehungen der Kabinette von Wien und Berlin. Napoleon weist energisch jede Anklage der Mitschuld bei Preußens Projekten zurück und wird Schuler an Schuler mit Oesterreich jeden Angriff zurückschlagen.“ Graf Andrassy hat dem Vernehmen nach jüngst erklärt, er habe 200,000 Bajonette bereit, um zu denen Oesterreichs zu stoßen.“ Mit solchen Illusionen erhist man sich die Köpfe.

Hannover, 9. Januar. Dem Hamburger Korrespondent wurde vor einigen Tagen von hier in einem Stimmungsbericht geschrieben, ein Theil des mißvergnügten Adels sei gewillt, in seiner jetzigen Haltung noch bis zum Frühjahr zu verharren; wenn bis dahin aber nicht durch den erwarteten Krieg ein Umschwung eingetreten sei, wolle man dann mit der Regierung seinen Frieden machen, da man von dem jetzigen Ministerium Manches erreichen zu können hoffe. Diese Angaben, sagt die „Ztg. f. N.“, haben die Organe der Koalitions-Partei in so heftige Aufregung versetzt, daß man in den betreffenden Äußerungen eine Bestätigung jener Angaben, die schon an sich durchaus nicht unwahrscheinlich klingen zu erblicken versucht ist.

Lübeck, 9. Januar. (Post.) Der geneigte Leser wolle seine Thranenröthen in den Stand setzen, einige nicht zu kleine Quantitäten „abzugeben“; gilt es doch heute, einen Unglücklichen zu beweinen, den selbst Lübeck nicht mehr sein eigen nennen mag. Amplissimus hat sein hohes Gerechtigkeitsgefühl — fiat justitia et pereat mundus, wie es von der Integrität unseres höchsten Staatskörpers nicht anders zu erwarten steht — wahren lassen und einen preussischen Kreisrichter der Lübedischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Fühlen Sie die ganze Größe dieses Anathems, herabgeschleudert aus dem Olymp unseres „Staates“, der sich erst jetzt der Weisheit und Gerechtigkeit seiner Leiter recht bewußt werden wird? Doch lassen Sie sich erzählen: Zur Zeit des ersten schleswig-holsteinischen Krieges hatte vor den Verfolgungen der dänischen Herrschaft auch der dortige Staatsangehörige C. W. Cartheuser hier ein Asyl gesucht und in freundschaftlicher Weise auch gefunden; denn es ward ihm die gegen einen Fremden besondere Begünstigung zu Theil, mit einer Advokatur belohnt zu werden, ja, er wurde selbst zum Niedergerichtspräsidenten ernannt. Während des zweiten schleswig-holsteinischen Krieges reiste er plötzlich ab, wurde Bürgermeister in Dänemark und rückte später in seine jetzige Stellung als Kreisrichter von Kiel ein. Von einem hiesigen Gläubiger war unterdessen, nach vergeblichen gütlichen Mahnungen, gegen ihn eine Klage bei den hiesigen Gerichten angestrengt worden, welche auch ein Exekutions-Erkenntnis erzielte; er verweigerte aber die Annahme der Kompetenz der hiesigen Gerichte, da er schleswig-holsteinischer und nicht Lübedischer Staatsangehöriger sei. Die Entscheidung über diesen Streitpunkt führte zu langen Verhandlungen zwischen dem hiesigen und dortigen Gerichten und Behörden und nahm den Weg durch alle Instanzen; das Ministerium des Innern entschied sich gegen die Exekution, da für die betreffenden Länder keine reciproken Gesetze bestanden. Diesem gegenüber erklärte der Senat nunmehr feierlich, daß Herr Cartheuser kein Lübedischer Staatsangehöriger mehr sei. Es ist hiermit zuerst die Bestimmung eines seit dem 1. Januar 1867 in Kraft befindlichen Gesetzes über die Staatsangehörigkeit, Staatsbürgerrecht und Schutzgenossenschaft zur Anwendung gekommen, welches §. 3. durch die Junis- und Jopsmänner ins Leben geführt worden, um den freibethlichen Schritt, welcher in der gleichzeitig eingeführten Gewerbe-reform lag, zu paralysiren. Hier dürfte man nicht wenig

stolz auf die bewiesene „nambaste“ Haltung unseres Staatsoberhauptes sein, welches gewiß auf der Pariser Konferenz mit Erfolg gewirkt hätte. Möge Amplissimus noch lange zum Segen seiner getreuen Unterthanen wirken — dieser fromme Wunsch allein müßte gewissermaßen genügen, alle besseren Gedanken, wie In-korporierung in Preußen, zu Ruh und Frommen unserer „staatlichen Selbstständigkeit“ zu verbannen — dixi et salvavi animam! —

Dresden, 10. Januar. Für den Fall einer etwaigen Mobilisirung des sächsischen Armeekorps sind kürzlich eine nicht unbeträchtliche Anzahl sächsischer Beamten zu Feldpostbeamten ernannt worden. Während die Annahme dieser Funktion früher in den freien Willen der betreffenden Beamten gestellt wurde, sind dieselben diesmal definitiv dazu ernannt worden. Auch wurde einem jeden derselben die Erklärung abverlangt, ob er sich bei vorkommendem Bedarf ein Reit- oder Wagenpferd aus seinen eigenen Mitteln anschaffen oder dasselbe von Staatswegen gestellt haben wolle.

Durch den Tod seines Neffen hat der hiesige österreichische Gesandte, Baron v. Werner, einen harten Verlust erlitten. Der in Graz verlebende, junge Baron v. Werner, wird als ein lebenswürdiger Diplomat geschildert, den der Tod aus einer glänzenden Karriere gerissen hat.

Leipzig, 9. Januar. Im Lager der Welfenblätter ist blutiger Zwiespalt ausgebrochen. Die „Sächsische Zeitung“ und die „Deutsche Volkszeitung“ sind sich in die Haare gerathen und kanzeln sich nach Herzenslust ab. Die „Deutsche Volkszeitung“ hat noch so viel Schamgefühl behalten, Frankreich wenigstens nicht ganz direkt zur Wiedereröffnung der Depositionen aufzufordern, und das findet die „Sächsische Zeitung“ ganz unkorrekt. Beide Blätter streiten sich nun darüber, welches von ihnen der wahre Gesinnungsausdruck der ehemaligen Unterthanen des Königs Georg sei. Eine widerlichere Komödie kann wohl kaum aufgeführt werden.

München, 9. Januar. Herr Abg. Dr. Böll hatte schon im März v. J. über den Gesetzentwurf bezüglich der Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften einen Vortrag bearbeitet, der abermals im Ausschusse nicht mehr erledigt werden konnte. Da sich nun seitdem bedeutende Vorgänge auf diesem Gebiete der Gesetzgebung ergeben haben und namentlich inzwischen im norddeutschen Bunde das Gesetz vom 4. Juni v. J. in Betreff der privatrechtlichen Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossen erlassen wurde, so hat Herr Dr. Böll einen Nachtrag zu seinem Vortrage bearbeitet, in welchem er mehrfach weitere Modifikationen des Gesetzentwurfs vorschlägt, um einen möglichst engen Anschluß an die Legislatur und die Gesetze des norddeutschen Bundes zu erzielen. Der Ausschuss wird nächster Tage hierüber in Beratung treten.

Unland.

Wien, 9. Januar. Zählen wir die Summen zusammen, welche in den einzelnen österreichischen Ministerien für Press- und Agitationszwecke zur Verwen-dung kommen, so erreicht die Summe eine Million Gulden. Es könnten damit publizistische Kräfte gewonnen werden, welche, unbeschadet des Einkommens des In-haltes, wenigstens in anständiger Form zu schreiben be-fähigt wären. Es scheint aber, daß diese Summe bei der größeren Zunahme der agitatorischen Thätigkeit nicht hinreichte. Die Honorare scheinen dürftig zu sein und die Leistungen sind dem entsprechend gering. König Georg ist splendid, verschwenderisch in seinen Zahlun-gen für Presszwecke. Er hat in Folge dessen die be-deutendsten Kräfte auf seine Seite gezogen. Den Hauptgrund des Verfalles der österreichischen Publizität glauben wir aber darin zu finden, daß Leute von Bil-dung und Ehrenhaftigkeit sich weit weniger dazu her-gaben, ihre Thätigkeit der Verbreitung von Lügen und dem Betrage der öffentlichen Meinung zu widmen.

Paris, 10. Januar. Die gestrige Konferenz-Sitzung dauerte von gestern Abend 4½—11 Uhr. Der erste Bevollmächtigte, welcher erschien, war Fürst Metternich, der letzte Graf von Staleberg, der russische Votschafter, der sich 5 Minuten nach 4 Uhr einfind. Gewöhnlich gut unterrichteten Quellen zufolge nahmen die Unterhandlungen einen sehr ruhigen Verlauf.

Gestern besuchte der Kaiser wiederum die Kö-nigin Isabella. Er verweilte drei Viertelstunden bei derselben. Des Abends wohnten der Kaiser und die Kaiserin einer Vorstellung im Theater der Porte St. Martin an. Am letzten 1. Januar ereignete sich in den Tuilerien ein sehr komischer Vorfall. Der Sohn des Vice-Königs von Egypten, der hier erzogen wird, hatte sich nämlich um 5 Uhr Abends in die Tuilerien begeben, um dem kaiserlichen Prinzen den Besuch zu erwidern, den ihm dieser am nämlichen Tage abgeflattet. Man lud den jungen Prinzen zum Diner ein, was dieser auch annahm, da man ihm sagte, daß dasselbe im vertraulichen Kreise stattfinden werde. Als er nun aber plötzlich mehrere Damen in reicher Toilette eintre-ten sah, ergriff ihn ein panischer Schrecken. Er stürzte

juni Saale hinaus und lief spornstreichs nach seine Wohnung zurück. Sein Gouverneur, der ihm nach-lagte, holte ihn auf seiner Wohnung ein, ohne ihn jedoch bestimmen zu können, wieder nach den Tuilerien zurückzukehren. (Zurückgezogen von der 1. 000. 000.)

Petersburg, 5. Januar. Die „Sam. Ep.-Ztg.“ schreibt, daß eine Versammlung der Geist-lichen im Kreise Buzurusslan, nachdem dieselbe aner-kannt, daß zur Hebung des religiösen Gefühls und der Sittlichkeit die Ausrottung der Trunksucht noth-wendig sei, unter Anderem Folgendes beschloßen: Die Geistlichen enthalten sich in Zukunft des Genusses des Branntweins, besonders in den Häusern der Eingepar-ten, um diesen das Beispiel der Enthaltensamkeit zu geben. Es werden für die überwiesene Uebertretung dieser Bestimmung folgende Strafen festgesetzt: Das erste Mal zahlt der Küster 50 Kop., der Diakon und der Priester eine dem Einkommen entsprechende Summe zum Besten der Schulen; das zweite Mal wird diese Strafe verdreifacht, und das dritte Mal wird die Spardialbehörde um Entfernung des Schuldigen als eines untauglichen Mitgliedes gebeten. Das geistliche Konsistorium von Samara hat diese Bestimmung be-stätigt und den anderen Kirchenältesten-Bezirken zur Nachahmung empfohlen.

Pommern.

Stettin, 19. Januar. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung lag vom Magistrat die Mitteilung vor, daß er sich mit der in der Sitzung vom 5. d. M. beschlossenen Aenderung der Geschäfts-ordnung der Versammlung einverstanden erkläre. Hiernächst fanden die noch rückständigen Wahlen der Mitglieder von städtischen Verwaltungs-Kommissionen und Deputationen statt. Gewählt wurden: 1) zur Servis- und Einquartierungs-Deputation die Stadtverordneten: B. Grams, Th. Fuchs, Köhler, de Laferrière, Marquardt, W. Schmidt, Lindenberg und Reimarus, die Bürger: Kaufmann Dorfscheldt, Kaufmann Ferd. Müller, die Maurermeister Urban und Müller. 2) Zur Kommunal-Abgaben-Schätzungs-Deputation die Stadtverordneten: Keppeler, Kreich, Rind und F. L. Schulz, die Bürger: Konrad Hoffschild, Butterhändler Holz, Kaufmann H. Schöpferle und Schlächtermeister Sted. 3) Zur Armen-Direktion die Stadtverordneten W. Dreyer, Hoepfner, Koch, Rind, F. L. Schulz, Stedel, Welser und C. Aron, die Bürger: Kaufmann Alt, Rentier Malbranc, Gelbigeser Sted. und Rentier Wellig. 4) Zur Deconomie-Deputation die Stadtverordneten Hoepfner, Kreich, Reimarus, Winkelseffer, Leo Wolff, Calabow, Koch und Schiffmann, die Bürger: Kaufleute Reitner sen. und Meyer, Rentier C. Springborn und Kupferschmiede-meister Stedow jun. 5) Zur Bau-Deputation die Stadtverordneten Allendorff, F. Schulz, W. Dreyer, Schiffmann, F. W. Schulz, Loffius, Rabbow und Georg Schulz, die Bürger: Maurermeister Berndt, Schmiedemeister Kniebusch, Oberst-Leutnant Schnelder und Kaufmann Arst. 6) Zur Feuerlozietats-Deputation die Stadtverordneten de la Barre, Kämmel-ling, Greffrath und J. C. Krüger. 7) Zur Gas-Anstalts-Deputation die Stadtverordneten Calabow, Fuchs, Greffrath, Keil, Dr. Wismann, Dr. Meyer, Marquardt und Küder, die Bürger: Kaufleute Bierbach und Haack, Dr. Kremer und Buchdruckerbesitzer Bornemann. 8) Zur Wasserleitungs-Deputation die Stadtverordneten Greffrath, Dr. Zachariae, v. d. Nahmer und Stedel. 9) Zur Stadtschulden-Tilgungs-Kommission die Stadtverordneten Burscher, Hafer, Koch und Stahlberg. 10) Zur Kreis-Ersatz-Kommission die Bürger: Kaufmann Boldt, Schlossermeister Mont-ferin, Rentier Peuchel, Mühlbesitzer Otto Schulz, als Ersatzmänner: Kaufmann W. Grünmacher, Stein-segermeister C. Kleisch, Kaufmann Jansen und Rentier Lehmann. 11) Zur Rechnungs-Abnahme-Kom-mission die Stadtverordneten Calabow, Dessen, Winkelseffer, Leistikow, Pelsch, Burscher, Rabbow, Steinicke (für Letzteren event. Zander). 12) Zur Finanz-Kom-mission: Dr. Amelung, Aron, Kleisch, Hafer, C. Schulz, Dr. Sievert, Dessen, Dr. Zachariae, Bettenstedt, Keil, Steinicke (für Letzteren event. Stahlberg). 13) Zur Kommission für Schulsaachen die Stadtverordneten v. d. Nahmer, Küder, Professor Schmidt und Dr. Wolff. Außerdem wurden in die Kommission zur Vorbereitung der neuen Stadtrathswahlen die Herren Samier, de la Barre, Grams, Hafer, Keil, Reimarus, Wiemann, Dr. Zachariae und Zander gewählt. — Bei der Ver-pachtung von 24¼ Morgenland zu Volkshorst in 91 Parzellen sind so günstige Gebote abgegeben, daß der Durchschnittspreis pro Morgen 11 Thlr. 9 Sgr. 3 Pf. beträgt. Die Versammlung ertheilte durchweg den Zuschlag. — Zur Regulirung der Wassergrenze bei einzelnen Grundstücken auf der Oberwieß schlägt der Magistrat vor, die von den Eigentümern Stahlopf und Magorowitz widerrechtlich von städtischem Terrain in Besitz genommen resp. 4,55 und 5,11 M. Fläche gegen Zahlung von 6 Thlrn. pro Quadratruthe an diese käuflich

zu überlassen, nachdem jetzt das Projekt wegen Anlegung einer Dörferstraße beseitigt ist. Der Referent, Herr Reimarus sowie Herr de la Barre erklären sich gegen den Verkauf, weil die zu verkaufende Fläche für die Stadt bei Verbreiterung der Oberwiesstraße im Wege des event. Tausches jedenfalls einen höheren Werth habe und tritt die Versammlung Bobigem otun bei. — Mit der miethswelken Ueberlassung der städtischen Turnhalle zur Ausbildung von 10 bis 12 Unteroffizieren gegen Zahlung einer Vergütung von 10 Sgr. pro Stunde erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Von den Herren Reimarus und Genossen ist ein Antrag eingebracht, in welchem es heißt, daß der Magistrat, wie verlaute, von der 2. Serie der Stadtblattgationen Litt. H., für welche im Etat pro 1869 ein Cours von 92 Prozent in Ansat gebracht sei, 20,000 Thlr. zu 90 Prozent verkauft und dem Käufer den Rest dieser Anleihe von 80,000 Thlr. bis 1. Juli d. J. zu gleichem Course an Händen gelassen habe. Ein derartiges Abkommen müsse als höchst nachtheilig bezeichnet werden und möge die Versammlung deshalb beschließen, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, in welcher Weise der Beschluß der Versammlung vom 20. Oktober v. J. zur Ausführung gekommen sei. Herr Kammerer Hoffmann erklärt sich auf Grund einer mit dem Herrn Oberbürgermeister gehaltenen Rücksprache ermächtigt, die Interpellation auf Wunsch sofort zu beantworten. Hr. Reimarus führt zunächst in einem längeren Vortrage aus, wie gefährlich es für die Kommune sei, derartige Geschäfte zu machen. Man bezeichne dieselben in der kaufmännischen Welt als „Schwindelgeschäfte.“ Die Magistrat wegen seiner Handlungsweise ein Mißtrauensvotum zu erteilen, aber jedenfalls stehe der Versammlung nach §. 37 der Städteordnung das Recht zu, die Operationen des Magistrats zu überwachen und hervortretende Mängel zur Sprache zu bringen. Herr de la Barre will das Geschäft zwar nicht mit dem harten Namen „Schwindel“ bezeichnen, glaubt damit aber doch einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen, da der Magistrat sich einseitig gebunden habe. Ein solches Mandat eigne sich für eine Kommune nun und nimmermehr. Herr Kammerer Hoffmann weist die für die Handlung des Magistrats gewählte Bezeichnung entschieden zurück; letzterer zähle eine Menge kaufmännischer Mitglieder, die sich die Tragweite des gefassten Beschlusses, der durch die Noth der Verhältnisse geboten gewesen, sehr wohl klar gemacht habe. Die im ersten Halbjahr zu machenden Ausgaben für bauliche Zwecke erforderten eine Ausgabe von 84,000 Thlr. Zeit, Art und Preis der Ausgabe der Anleihe von 100,000 Thlr. sei durch den Beschluß der Versammlung vom 20. Oktober lediglich dem Magistrat anheim gestellt und 4 1/2 prozentige Papiere seien, wie die Erfahrung gelehrt, nicht vortheilhafter unterzubringen. Der Magistrat habe deshalb ohne Bedenken es übernommen, die ihm zugestandene Verantwortlichkeit auszuüben. Unter 90 Prozent zu verkaufen, sei der Magistrats übrigens unter keinen Umständen gewillt. Herr Haker meint, der Borredner verurtheile durch seine Ausführungen selbst das Verfahren des Magistrats, da derselbe sich dadurch die Möglichkeit genommen, die vorhandenen Geldbedürfnisse zur Zeit zu decken. Die kaufmännischen Mitglieder des Magistrats, welche bei dem in Rede stehenden Beschlusse mitgewirkt hätten, müsse der härteste Tadel treffen. Es sei geradezu unerhörte, derartige Geschäfte zu tätieren. Besser sei es, die Ehre und Würde der Stadt durch Steuererhöhung aufrecht zu erhalten. Herr Kammerer Hoffmann weist darauf hin, daß die Stadt sich schlimmsten Falles durch eine Wiederholung der Prozedur von 1866, wo man Geld auf kurze Zeit zu 8 pCt. Zinsen genommen, stets zeitweise Geld beschaffen könne. Herr Dr. Wolff findet es gut, daß die Sache zur Sprache gekommen. Wie die Fonds Börse zeige, könne die Welt ohne Schwindel nicht mehr existieren. Hätte man sich den Banquiers nicht in die Hände gegeben, die seit Deutschland der Geldmarkt für Rumänien und Madrid geworden, allerdings mit Recht so hohe Prozente nahmen und wäre vielmehr dem Beispiel des „Nügener Kreises“ gefolgt, der mit seiner Anleihe nicht sitzen geblieben, so würde man besser fahren sein. Er beantrage demnach, die Versammlung möge erklären, daß sie, ohne dem Magistrat wegen des Verfahrens ein Mißtrauensvotum erteilen zu wollen, für die Folge ein derartiges einseitiges Verfahren nicht billigen könne, indem dies dem städtischen Kredit unbedingt schade. Herr Kammerer Hoffmann erwidert: Eine Verurtheilung des Magistratsverfahrens sei ein Mißtrauensvotum. Herr W. Dreper findet die Art und Weise, wie die städtischen Schuldokumente auf dem Geldmarkt geschleudert werden, ebenfalls unverantwortlich, während die Sparkasse für ihre Ueberflüsse Stargard-Posener Eisenbahnaktien kauft und will, daß der Magistrat zu anderen Vorschlägen über die Geldbeschaffung aufgefordert werde. Nachdem Herr D. Zachariae das Verfahren des Magistrats als durchaus korrekt geschilbert, beantragt derselbe, worin ihm die Herren Dr. Amelung und Grawitz beistimmen, Uebergang zur Tagesordnung über den Wolff'schen Antrag. Diese erfolgte durch Beschluß der Versammlung mit 28 gegen 24 Stimmen. — Die Nachricht, daß die Portofreiheit der wohlthätigen Vereine und Stiftungen mit dem 1. Januar aufhören sollte, hat sich nicht bestätigt. Viele derartige Portofreiheiten beruhen auf Gesetzen und könnten demnach nur durch das Gesetz aufgehoben werden. Ueber die Frage, ob eine gesetzliche Aufhebung aller

Portofreiheiten vorzuschlagen sei, soll man allerdings berathen haben.

SS Belgard, 10. Januar. Das Neueste in unserm städtischen Leben besteht darin, daß das Kreisblatt, nachdem die erforderliche Kautelen in der Kreisfasse niedergelegt ist, von Neujahr ab seine Spalten der Besprechung städtischer und staatlicher Fragen eingehender öffnen wird, als es bis dahin geschehen konnte. Die Anfangsnummer enthält ein Neujahrsgedächtnis aus der Feder des Redakteurs, voller Schwung und Poesie. Dagegen hat ein prosaischer Aufsatz von einem Anonymus die verschiedenartigsten Meinungen wach gerufen. Der qu. Aufsatz handelt von den Nachtheilen, welche den Kindern mosaischen Glaubens daraus erwachsen, daß sie am Sonntage den Unterricht an den höheren Schulen nicht benutzen und verlangt unter Hinweis auf eine Ministerial-Befugung im Interesse dieser Schüler eine Aenderung in dem Lektionsplane. Es sind am Orte wohl nicht gerade Viele, die den Standpunkt des strenggläubigen Juden theilen und die eine besondere Berücksichtigung der jüdischen Scholaren an einem Schultage, der eben weil er nur kurz ist, in der Regel mit den schwersten Lehrstoffen bedacht zu werden pflegt, für gerechtfertigt halten. — Interessant ist, daß zwei Juden in der nächsten Nummer des Blattes gleichsam Protest gegen den Verdacht einlegen, die Mittheilung der Unterzeichner des oben erwähnten Aufsatzes zu sein. Außer diesen Abwehren hat er außerdem noch eine längere und eine kürzere Erwiderung erfahren. — Vorgestern wurde ein 13jähriges Mädchen begraben, das von ihrem eigenen 15jährigen Bruder erstochen worden war. Es ist dies aber nicht in der Absicht zu tödten, sondern aus Unvorsichtigkeit geschehen. — Die Kriminal-Abtheilung des königlichen Kreisgerichts scheint im neuen Jahre noch mehr als früher beschäftigt werden zu sollen. Sonst reichen allmonatlich 3 bis 4 Tagesfügungen zur Abwicklung der fraglichen Rechtsfachen aus; diesmal sind zugleich Abendfügungen gehalten worden. Unter den verhandelten Gegenständen hat der Prozeß gegen einen hiesigen Gastwirth wegen Duldens von Hazardspielen (er endete mit einer Strafauflegung von 40 Thlr. exel. Kosten des Verfahrens) wohl das meiste Interesse Seitens des zuhörenden Publikums in Anspruch genommen. Es kam hierbei zur Sprache, daß einer der Spieler, der regelmäßig und in kurzen Zwischenräumen Belgard berührt, die Stube, worin hazardirt worden ist, gemiethet haben soll. — Jener Advokat meinte in seiner Verteidigungsrede: Zweierlei Zeugen wären ihm unangenehm, die allzuwilligen und die allzuheimgelassenen.

(Eingefandt.)

Kreis Pyritz, 10. Januar. Unsere Gegend ist augenblicklich in hohem Grade gespannt darauf, welche Richtung die projektirte Eisenbahn von Liegnitz nach Swinemünde einschlagen werde. Es ist uns das wohl nicht zu verdenken, da wir so lange warten mußten, und nun sich endlich Aussicht zeigt, daß bessere Verbindungen hergestellt werden. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß die verschiedensten Interessen theilhaftig sind, deshalb entgegengesetzte Wünsche sich kund geben, was denn die mannigfachen Gerüchte erzeugt. Bisher projektirte man dem Vernehmen nach, bei Diez, einem Bahnhofe zwischen Cüstrin und Landsberg a/W., die Dübahn zu überschreiten, um dann über Soldin in gerader Linie nach Gollnow zu bauen, indem die Stettin-Stargarder Bahn bei Augustwalde, einem Punkte zwischen Alt-Damm und Carolinenhorst, gekreuzt werden sollte. Damit den schwierigen Umweg über Alt-Damm meidend, stellte man Verbindung mit Stettin her, hatte eine vorläufige Verbindung mit der Stargard-Danziger Bahn und durchschnitten den so unangenehmen Höhenzug an der einzigen passirbaren Stelle. Dies Projekt erschien, weil es die direkteste Linie ins Auge faßte, ein günstiges Bauplano darbot, den vielfachen Interessen genüge, als ein höchst wahrscheinliches. Zwar wurde Pyritz dabei nicht berührt, sondern die Bahn ging ähnlich wie zwischen Cüstrin und Landsberg, so hier zwischen Pyritz und Bahn mitten durch, indem bei dem Dorfe Loitz, 1 Meile von beiden Städten, ein Bahnhof etablirt werden sollte. Der Kreis Pyritz erhielt 2—3 Bahnhöfe, welche so lagen, daß sie auch dem Kreise Greiffenhagen Vortheil brachten. Ueberdies stand in Aussicht, daß, wenn es sich als nöthig herausstellen sollte, eine Zweigbahn von Loitz über Pyritz nach Stargard gebaut werden würde, um den Verkehr der Stargard-Danziger Eisenbahnen unmittelbar aufzunehmen. Für diesen Fall würde sowohl Stadt Pyritz, als auch überdies der Kreis Pyritz einen Bahnhof erhalten haben, demnach also 4—5 Bahnhöfe im Kreise entstanden sein. Wahrlich eine erfreuliche Aussicht! Dies Projekt scheint aber in Pyritz größtes Mißfallen erregt zu haben, und man hat es dahin gebracht, daß die Eisenbahn über Pyritz geführt werden soll. Das wäre der Stadt Pyritz gewiß sehr zu gönnen, auch würde der unmittelbar um Pyritz liegende Theil des Kreises es gern sehen, allein es geschähe zum Nachtheil des größten Theiles des Kreises, welcher vergeblich gehofft hätte.

Aus einer amtlichen Bekanntmachung des Landrathes geht hervor, daß die Vermessung einer Linie von Pyritz nach Carolinenhorst statt findet. Das wäre allerdings der nächste Weg von Pyritz aus. Mit dieser Bahnrichtung verliere aber Pyritz für immer die Aussicht, eine direkte Zweigbahn nach Stargard u. s. w. zu erhalten, oder die Bahn über Schwedt, Belle u. s. w. nach Stargard geführt zu sehen. Ueberdies würde der Umweg nach

Stettin um ebensoviel vergrößert, als die Höherlegung der Bahn von Loitz nach Pyritz beträgt. Ob Pyritz sich nicht täuschen und einen augenblicklichen Vortheil einem größeren spätern opfern wird? — Ja, wenn die Bahn von Pyritz nach Damm gehen sollte, läge die Sache ganz anders! — Aber nach Carolinenhorst? — Wir sehen uns die Strecke an und finden, daß die Eisenbahn nahe der Madue hinget, ihr also von Osten jeder Zugang versperrt ist. Das Terrain ist zu 1/2 nicht leicht passirbarer Moorboden; auch fehlt es nicht an Höhen und sonstigen Schwierigkeiten, welche einen Bau nicht unbedenklich machen. Wo will man aber dort Bahnhöfe anlegen? — Der einzige Punkt im Pyritzer Kreise wäre Klein-Kirschen, 3/4 Meilen von Pyritz. Daran wird man schwerlich denken! — Und weiter? — Nun, nur bei Colbas geht es an. Das aber liegt wieder nur 1 Meile von Carolinenhorst, hat nach Osten die Madue, nach Westen den großen Mühlenbeker Forst, nach Norden den Carolinenhorster Bahnhof. Die reichen Dörfer des Pyritzer Kreises liegen Colbas zu entfernt, um viel von ihnen erwarten zu können. Für den Greiffenhagener Kreis hat diese Anlage gar kein Interesse, denn der Bahnhof läge in einem entfernten, unzugänglichen Winkel des Kreises. Was hätte demnach der Pyritzer und Greiffenhagener Kreis für Vortheile? — Weniger als keinen — denn alle Hoffnungen auf etwa künftige Abhilfe wären rein abgeschnitten.

Wir wünschen nicht den Nachtheil der Stadt Pyritz, aber eben so wenig den noch größeren Nachtheil der benachbarten Kreise. Eine Eisenbahn Soldin-Loitz-Augustwalde, und dann eine Eisenbahn Stargard-Pyritz event. Bahn-Schwedt erschiene für alle Theile erwünscht, falls nicht eine Eisenbahn Loitz-Alt-Damm oder Pyritz-Alt-Damm gebaut werden soll. Es wird wichtig sein, daß die Baugesellschaft die projektirte Strecke Soldin-Pyritz-Carolinenhorst doch recht ernstlich prüfe und viele Betheiligte sie dabei unterstützen, damit die Sache gut gerathe; denn hier wäre jeder Fehler unrepairbar!

Vermischtes.

Karlsruhe, 7. Januar. Die traurige Chronik der letzten Neujahrnacht ist um zwei betäubende Fälle bereichert worden. In Reichen im Elsensthal wurde ein braves Dienstmädchen erschossen. Der Prozeß des unmittelbar vor ihrem Fenster abgefeuerten Schusses drang durch die Augenhöhle tief in den Kopf hinein, so daß der Tod augenblicklich erfolgte; und in Auenheim, Untes Rorf, traf daselbst ein Unglück ein 21jähriges Mädchen, die Tochter einer geachteten Familie. Zwar ist hier der Tod noch nicht erfolgt, doch wird der Schuß im besten Falle beide Augen kosten. So sind nun also in Baden in einer Nacht einer albernsten Unfälle drei Menschenleben zum Opfer gefallen und ein viertes ringt mit dem Tode.

Neueste Nachrichten.

München, 10. Januar. Gestern morgen waren von der Garnison Ingolstadt 3 Bataillone Infanterie, eine Genie- und eine Artillerie-Division zur Exekution des Kriegsgerichts-Urtheils über den Gefreiten Steinmetz unter Kommando des Obersten Grafen v. Jöner ausgerückt. Steinmetz war um 1/2 6 Uhr aus dem Militärgefängnisse in den Brückenlopf (Thurm 104) gebracht worden, von wo er, begleitet von dem katholischen Militärgesellen durch den aus 30 Mann gebildeten sogenannten Schranken abgeholt und vor die Front der ausgerückten Truppen geführt wurde; dortselbst wurden ihm die Fesseln abgenommen und in Gegenwart des bei der Gerichtsverhandlung fungirenden Personals das Urtheil vorgelesen, der Stab gebrochen und Steinmetz selbst dem zur Exekution speziell bestimmten Bataillon des 10. Regiments übergeben, das sodann durch die Pforte Nr. 89 in den Wallgraben auf den Richtplatz abrückte. Dort angekommen, wurde der Verurtheilte losgeschloffen und seines Mantels entledigt; seine Schirmmütze übergab er selbst dem Prozeßen und ließ sich die Augen von einem Kameraden mit einer schwarzen Binde verbinden; während dessen hatten die 4 von den 8 ausgewählten Schützen das Gewehr fertig gemacht. Der Verurtheilte wurde sodann, nachdem der Militärgeselle von ihm Abschied genommen hatte, von dem Prozeßen und einem Sanitätsfeldwarte zu dem in dem Halle am Contre-Escarp nur wenige Schritte entfernten, eigens zu diesem Zwecke errichteten Sitz geführt, woselbst er sich niederlegte. Kaum hatte er sich gesetzt, schlugen auf ein Zeichen des Präsidenten des Kriegsgerichtes mit dem Säbel die Gewehre an und gaben Feuer. Steinmetz wurde von drei Kugeln durchbohrt; eine drang durch das kleine Gehirn, zwei gingen durch Herz und Lunge, so daß er augenblicklich todt war. Um 8 Uhr 25 Minuten fielen die Schüsse. Der Verurtheilte zeigte sich auf seinem schweren Gange ruhig und gefaßt, brachte das in den Händen habende Crucifix so wie ein um den Hals hängendes Medaillon an die Lippen. Auf die ausgerückten Truppen machte die Verlesung des Urtheils, das Stabbrechen und die Exekution selbst einen tiefen Eindruck, so daß sogar einige Soldaten ohnmächtig wurden.

Florenz, 12. Januar. Der „Correspondance Italienne“ zufolge haben die Mächte bei der griechischen Regierung gemeinschaftliche Vorstellungen gemacht, um sie zu veranlassen, den in der ersten Konferenzsitzung erhobenen Prozeß zurückzunehmen.

Madrid, 11. Januar. In Malaga wird der Belagerungs-Zustand noch vor den Wahlen aufgehoben werden. — In Barcelona haben 400 Frei-

willige sich bereit erklärt, nach Cuba zu gehen, um für die Erhaltung der Insel bei Spanien zu kämpfen.

London, 11. Januar. Das indische Amt hat folgende Depesche vom britischen Kommissar in Peshawar erhalten: Abdul Rhaman Khan vollständig geschlagen. Details fehlen.

London, 12. Januar. Aus Newyork vom gestrigen Tage wird gemeldet, daß nach Berichten aus Cuba der General-Gouverneur Dulce die Pressfreiheit proklamiert hat.

Konstantinopel, 11. Januar. „Turquie“ zufolge wird Sabit Pascha sich Mittwoch den 13. d. in finanziellen Angelegenheiten nach Paris begeben. — Wie dasselbe Blatt vernimmt, sind zwei Fregatten nach der thessalischen Küste abgegangen. — Gerüchtwiese verlautet, daß die Mitglieder der provisorischen Regierung auf Kreta verhaftet seien.

Washington, 11. Januar. Das Repräsentantenhaus hat mit 119 gegen 47 Stimmen die Aemterbesetzungsakte widerrufen.

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Paris, 12. Januar. Die Konferenz wird heute Nachmittags 4 Uhr zu ihrer zweiten Sitzung zusammen treten. Es wird versichert, daß die Vertreter der Mächte beschloffen haben, falls Griechenland seine Ansprüche aufrecht erhalten sollte, in ihren Beratungen ohne Rücksicht darauf vorzugehen.

Breslau, 12. Januar. (Schlußbericht.) Weizen per Januar 63 Br. Roggen per Januar 49 1/2, per Januar-Februar 49 1/2, per April-Mai 49 1/2. Raps per Januar 90 Br. Rübsöl per Januar 8 1/2, per April-Mai 9 1/2. Spiritus loco 14 1/2, per Januar 14 1/2, April-Mai 15. Zink 6. 6 1/2 — 6 3/4.

Köln, 12. Januar. (Schlußbericht.) Weizen loco 7, per März 6. 7 1/2, per Mai 6. 9 1/2. Roggen loco 5 1/2, per März 5. 11 1/2, per Mai 5. 11. Rübsöl loco 10 1/2, Mai 10 1/2, per Okt 11 1/2. Peinöl loco 10 1/2. Weizen mitter. Roggen schwankend. Rübsöl fest.

Hamburg, 12. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco matt, pr. Januar 122 Br., 121 Gd., pr. Jan.-Febr. 122 Br., 121 Gd., pr. Februar-März 121 1/2 Br., 121 Gd., April-Mai 121 Br., 120 1/2 Gd. Roggen loco matt, pr. Januar 91 Br., 90 Gd., pr. Jan.-Febr. 91 Br., 90 Gd., pr. Februar-März 91 Br., 90 Gd., per April-Mai 90 1/2 Br., 90 Gd. Rübsöl loco 19 1/2, per Mai 20, per Oktober 21. Rübsöl matt. Spiritus still, per Januar 21 1/2, per Februar 21 1/2, April-Mai 21 1/2, per Mai-Juni 21 1/2.

Bremen, 12. Januar. Petroleum raffiniert standard white loco 6 1/2, 6 1/4.

Antwerpen, 12. Januar. (Schlußbericht.) Petroleum höher, Type loco 54 1/2 — 55, per Januar 54 1/2, per Februar 54 1/2.

Liverpool, 12. Januar. (Baumwollmarkt.) Middling Upland 11 1/4, Orleans 11 1/4, Fair Egyptian 12 1/4, Dhollerah 9, Broach 8 1/2, Demra 9 1/2, Madras 8 1/2, Bengal 7 1/2, Smyrna 9 1/2, Periam 11 1/2.

Paris, 12. Januar. (Schluß-Course.) Rente 70. 35. Lombarden 440.

Börsen-Berichte.

Berlin, 12. Januar. Weizen loco in fester Haltung. Roggen loco mäßiger Umfah. Termine auf auswärtige marte Berichte in der ersten Marktoälte matt gehalten. Frühjahr wurde durch Blancobekäufer stark gedrückt, wogegen sich der laufende Monat gut behauptete, der Deport ist in Folge dessen auf 1/2 A. gewachsen. Gel. 400 Ctr. Hafer loco unverändert. Termine niedriger. Gel. 180 Ctr.

Rübsöl ohne wesentliche Aenderung. Gel. 100 Ctr. Spiritus fest gehalten. Gel. 200,000 Ctr.

Weizen loco 63 — 7 1/2 A. nach Qualität, fein weißbunt poln. 73 A. bez., pr. April-Mai 63 1/2 — 63 A. bez., Mai-Juni 63 1/2 A. bez., Juni-Juli 64 1/2 A. bez.

Roggen loco 52 1/2, 53 1/2 A. ab Bahn bez., 1 Ladung 82 — 83 pfd. mit 3 A. Aufgeld gegen Januar getauscht, pr. Januar 52 1/2, 1/2 A. bez. u. Gd., Januar-Februar 51 1/2, 52 A. bez., April-Mai 51 — 50 1/2, bis 51 A. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 51 1/2 — 1/2 A. bez. u. Br., 51 1/2 Gd., Juni-Juli 52 1/2 — 1/2 A. bez.

Weizenmehl Nr. 0. 4. 4 1/2 A.; Nr. 0. u. 1. 3 1/2, 4 A.; Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2, 3 1/2 A.; Nr. 0 u. 1. 3 1/2, 3 1/2 A. Roggenmehl Nr. 0. u. 1. auf Lieferung pr. Januar 3 A. 18 Br., Jan.-Febr. 3 A. 17 1/2, pr. Br., Februar-März 3 A. 17, pr. Br., März-April 3 A. 16 1/2, pr. Br. u. Br., April-Mai 3 A. 16 1/2, pr. Br., alles pr. Ctr. unverändert incl. Sach.

Gerste, große nur. (Cm.) 43 — 54 A. pr. 170 pfd. Hafer loco 29 — 34 1/2 A. galiz. 31 1/2 A. poln. 31 1/2 — 32 1/2 A., feiner pomm. 34 A. ab Bahn bez., per Januar u. Januar-Februar 31 1/2, Br., April-Mai 32 A. bez., Mai-Juni 32 1/2 A. bez.

Erbsen, Roowaare 60 70, hant waare 53 bis 59.

Wintertraps 82 — 86 A. Wintertraps 78 — 84 A.

Rübsöl loco 9 1/2 A. Br., pr. Januar und Januar-Febr. 9 1/2, 1/2 A. bez., Febr.-März 9 1/2 A. bez., April-Mai 9 1/2 A. bez., Mai-Juni 9 1/2, 1/2 A. bez., Sept.-Okt. 10 1/2, 1/2 A. bez.

Peinöl loco 10 1/2 A.

Spiritus loco ohne Fass 15 1/2 — 1/2 A. bez., per Januar und Januar-Februar 15 1/2, 1/2 A. bez., April-Mai 15 1/2, 1/2 A. bez., Mai-Juni 16 — 15 1/2, 1/2 A. bez., Juni-Juli 16 1/2, 1/2 A. bez., Juli-August 16 1/2 A., August-Sept. 16 1/2 A. nom.

Fonds- und Aktien-Börse. Aus Paris liegen „flaute“, aus Wien „feste Course“ vor, wie immer, so war auch heute die letztere für die Haltung der Börse entscheidend.

Wetter vom 12. Januar 1869.

Im Westen: Paris... 0°, 0° D. Brüssel... 0°, 0° D. Erier... 2°, 0° D. Köln... 1°, 0° D. Münster... 1°, 0° D. Berlin... 0°, 0° D. Stettin... 0°, 0° D.

Im Süden: Breslau... 1°, 0° D. Atibor... 3°, 0° D.

Im Osten: Danzig... 3°, 0° WSW. Königsberg... 1°, 0° W. Memel... 1°, 0° W. Riga... 0°, 0° S. Petersburg... 0°, 0° S. Moskau... 0°, 0° S.

Im Norden: Christianf. 1°, 0° DSD. Stockholm... 0°, 0° S. Saporanda... 4°, 0° W.

